

Saale-Beitung.

Sechshundvierzigster Jahrgang.

Bezugspreis
Die Halle einschließlich des postmässigen
Postums 2,50 M., durch die Post
2,75 M., auswärts Zustellungsgebühr,
Bestellungen werden von allen deutsch-
posthaltigen angenommen.
Im amtlichen Zeitung-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für untermietet eingehende Anzeigen
nach dem gewöhnlichen Abrechnungs-
Verfahren mit dem Quittungsabdruck
„Saale-Bl.“ gebietet.

Verleger der Redaktion Nr. 1140;
der Druckerei Nr. 178; der
Abonnementsabteilung Nr. 1133

Anzeigen
werden die 6. September Kolonial-
oder deren Raum mit 20 Pf., nach
aus Halle mit 20 Pf., bezahlt und in
unseren Annoncenstellen und allen
Annoncen-Expositionen angenommen.
Kleinere die Zeile 75 Pf. für Halle,
auswärts 1 M.
Erscheint täglich zweimal,
Sonntags und Montage ausnahmslos.
Redaktion und Druck-Verwaltung:
Halle, Gr. Braubachstr. 17;
Verlebenschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 68.

Halle a. S., Sonnabend, den 10. Februar.

1912.

Der neue Präsident.

Der neue Herr ist nach zweitägigem, dem Fernersehen-
den nicht genau erkennbaren Ringen, das sich mehr in den
Praktionszimmern und in den Plauderzimmern der marmor-
glänzenden Wandelhalle als in dem gestifteten Sitzungssaal
des Reichstagsgebäudes abspielte, endlich gefunden worden:
Herr Peter Espahn, der Kieler Oberlandesgerichts-
präsident, der im Parlament den rebenumkränzten, gegen-
setzten Wahlkreis Bonn-Rheinbach vertritt, wo das
Drachensblut, das an der Domfaul des Drachensfelsens wächst,
den Gläubigen wie des Ungläubigen Junge neigt, ist
Präsident des Deutschen Reichstags geworden! Das neue Parlament,
um das die Kämpfe mit der Lösung „Wider schwarz und blau“
geschlagen wurden, hat gestern den roten Philippiden erkorren,
dessen glänzender Zylinderhut in den Tagen, da von Vernun-
gen die Eiterbeule aufgeschoben wurde, das Symbol der
Zentrumshegemonie im deutschen Parlament geworden war.
Allerdings, etwas anders sieht die Farbenkomposition um
den Präsidentensessel herum doch aus wie Anno 1906.
Denn, neben dem ebenförmigen Peter Espahn sitzt als
1. Vizepräsident der rote Philipp Schieidemann, der in
der sozialdemokratischen Partei als einer der fähigsten
Köpfe gilt und der den Weg vom Kasten des Schriftsetzers
in die Redaktion und von dort ins Parlament, dem er seit
1903 angehört, in ungläubig raschem und erfolgreichem
Tempo zurücklegte. Den Posten eines zweiten Vize-
präsidenten erhielt der nationallib. Geheirat Paasche,
der dem verflochtenen Reichstag als 1. Vizepräsident ange-
hört hat. Paasche sitzt mit Baermann auf dem linken
Flügel der nationalliberalen Partei, die mit diesem scharf-
rednenden Nationalökonomem eines ihrer besten Redner in
das Präsidium schickte.

Die Konservativen sind ausgeschaltet! Ihr Ab-
geordneter Dietrich ist Scheidemann (der 188 Stimmen er-
hielt, während auf den konservativen Kandidaten nur 174
Stimmen fielen) unterlegen.

Betrachtet man das giffermächtige Ergebnis dieser Wahl,
so wird man neben mandem Erstaunen auch einige
dunkle Punkte finden, die der Aufklärung noch bedürfen.
Das Erstaunliche ist das feste Zusammenhalten der Fort-
schrittler und der Nationalliberalen, die in dem ersten Wahl-
gang Schuler an Schulter standen und geschlossen für den
nationalliberalen Prinzen Schönath-Carolath stimmten.
Wären hier die Sozialdemokraten nicht ihre eigenen
Wege gegangen und hätten sie, statt der ausschließlichen
Stimmenabgabe für Bebel für den „roten Prinzen“ ge-
stimmt, dann wäre dem neuen Reichstag das ultramoun-
tane Oberhaupt erspart geblieben. Es mag zugegeben werden,
dass das Verlangen, für einen — leithaftigen Prinzen
zu stimmen, eine bittere Pille für die Radikalen unter
den Genossen bedeutet hätte, aber dieser Akt der — nennen
wir es einmal „Selbstverleugung“ — wäre gleichzeitig der
erste Beweis des Willens zur positiven parlamentarischen
Mitarbeit gewesen und hätte dem neuen Reichstag die
Reife der Sozialdemokratie mehr genutzt als die 110 Stim-
men, die auf Herrn Bebel fielen.

Die Rechte braucht trotzdem nicht zu juchzen. Das mit
Hilfe der Polen und sonstiger unsicherer Kantontisten er-
zielte Plus für Espahn ist gerade nicht überwältigend und
kann wahrlich nicht als Vorzeichen für eine neue Stabilität
der Monarchie gedeutet werden. Denn bei der ersten
gesetzgeberischen Arbeit, die der Reichstag zu leisten hat,
wird die gefrignen Präsidenten mehrheitlich auseinander-
sitzen wie die Spreu im Winde. Dann wird der gefächst-
fandige Mathias Erzberger die Rolle des römischen Cae-
cilians spielen und die bedeutungslosen Worte von der
Vergänglichkeit des Ruhmes dieser Welt seinen Getreuen im
Konfane verflüchten können.

W. G.

Lord Haldanes Berliner Mission.

Den schärfsten Verhörungen des „reinen privaten
Charakters“, den Lord Haldane Berliner Besuch haben
soll, wird wohl von niemand mehr als rein — diploma-
tischer Charakter beigegeben. Sogar das Britische Aus-
wärtige Amt bestreitet in einer bereits gefahren auch von
uns veröffentlichten Note des „Daily Telegraph“ kaum
mehr, dass der englische Kriegsminister in Berlin zum Zwecke
politischer Auseinandersetzungen weile, und nach der
geleiteten mehrtägigen Konferenz mit Herrn von Beth-
mann Hollweg nach höchstens noch ein Zweifel über das Be-
stehen, welchen Fragen im einzelnen der Besuch gilt. In
Erklärung unserer gestrigen Mitteilungen aus diploma-
tischen Kreisen wird der „3. J. a. M.“ folgende ungefähre
Skizze der Haldane'schen Mission gegeben, deren Verfasser

seine Kenntnis der Dinge zwar nicht Lord Haldane selber,
wohl aber einer anderen, durchaus eingeweihten und un-
mittelbar beteiligten englischen Quelle verdankt. Danach
ergibt sich:

1. Lord Haldane ist auf besondere Aufforderung des
Kaisers in Berlin.
2. Seine Reise hat mit dem Spionage-Prozess Steward
absolut nichts zu tun.
3. Dem englischen Kriegsminister wird hier Gelegenheit
geboten werden, die neuen deutschen Flottenforderungen, die
sich in durchaus angemessenen Bahnen halten sollen, kennen
zu lernen, ebenso wie den Entwurf für einer neuen Militärs-
vorlage. Eine Einwirkung von englischer Seite auf die
leitenden Berliner Stellen hinsichtlich des Flottenprogramms
ist natürlich ausgeschlossen!
4. Die Frage der etwaigen Aufstellung portugiesischen
Kolonialbesatzes in Afrika dürfte mit der Berliner Mission
Lord Haldanes keine Berührung haben.
5. Die Abtretung der Waldfischbä, gewisse Grenzregulie-
rungen in Südwest- und Ostafrika sowie langjährige finan-
zielle Entschädigungsansprüche deutscher Staatsangehöriger in
Transvaal und im ehemaligen Sultanat Witu werden zur
Erörterung stehen.
6. Will man in der Angelegenheit der Bagdadbahn ver-
suchen, zu einem Einvernehmen zu kommen.

Die Person des Mr. Steward schied wohl von vorn-
herein aus, denn Haldane, der in seinen Deutschland be-
treffenden Vorkerungen stets ein Kalt bewies, von dem
seine Kollegen sich nicht selten emancipierten, scheint durch-
aus der Mann, um zu begreifen, das Stewards Persönlichkeit
die Eigenschaften fehlen, die ihn uns Deutschen der
kaiserlichen Gnade wert erscheinen lassen mögen. Mit einem
aktiven Offizier, der dem Befehl seiner Oberen zu gehor-
chen gewöhnt, eine ihm vielleicht selbst antipathische Auf-
gabe ausführt, kann er eher freundlich mitempfinden als
mit einem Ueberzettel, der in misverständlichem Patriotis-
mus in fremdem Lande die Gattelpflicht schändet.
Was im übrigen Lord Haldane dem Leiter unserer
Politik auch immer vorgehalten hat, oder noch vorschlagen
wird, seine besondere Persönlichkeit verdient jedenfalls
möglichst wohlwollende Begrüßung. Man wird aber freilich nicht
vergeßen dürfen, dass selbst dieser sympathische Gentleman nur
englische Interessen vertritt. Etwasige Verhandlungen
bezüglich einer späteren lokalen Erweiterung und Aufstellung
der portugiesischen Kolonien in Afrika müßten von unserer
Seite so unglücklich geführt werden, das das Dünem, der Ver-
wurf, ein kleines Land wegenmäßig zu haben, in aller Zu-
kunft niemals gegen Deutschland erhoben werden kann. Und
die Begrenzung der Rütungen zur See wird, zu begehrens-
wert sie wäre, erst dann durchgeführt werden können, wenn
die Ursachen eingemägen beseitigt sein werden, die man in
Deutschland zur Begründung eines Mißtrauens gegen Eng-
land noch immer nötig zu haben glaubt. Das Wort von
der Erhaltung der „Oberhoheit“ (supremacy) Englands
zur See scheint deplaciert in einer Epoche des beinahe
schränkenlosen Welt Handels, der uns aber nach der Devise
des alten Grotius vom „mare liberum“ zu rufen dünkt, das
sich vor mehr als 200 Jahren gegen — England richtete. Wir
haben nun einmal die Pflicht, dafür zu sorgen, das Britan-
nien unserem Handel nicht das Gesicht eines zweiten Hol-
land bereite. Nicht ungeschickter ist es, das die englische
Diplomatie endlich die Gelegenheit benutzen will, die Ent-
schädigung der unglücklichen deutschen Farmer in Transvaal,
die es nach Herrn von Adolens Darstellung so schroff
zurückgewiesen, jetzt in fulanter Weise zu ordnen.

Deutsches Reich.

Stellvertretende Regenschaft in Bayern.

■ An den Gerüchten von einer Uebertragung der Regent-
schaft auf den Prinzen Ludwig ist doch etwas Wahres
gewesen. Es wird in den nächsten Tagen eine Verfügung
erzählen, durch die der Prinzregent Luitpold seinem
Sohn, dem Prinzen Ludwig, seine zeitweilige Ver-
tretung übertragen wird. Die Vertretung ist vor-
läufig namentlich für die Zeit beabziht, wo der Prinzregent
zur Erholung im Gebirge weilt oder sonst aus irgend einem
Grunde von München abwesend ist. Jedenfalls wird der
Prinze Ludwig, der eigentlich bis zum 26. Februar auf Reisen
bleiben sollte, schon erheblich früher zurückkehren. Sobald
wie das neue Ministerium gebildet und der Landtag zu-
sammengetreten ist, wird der Erlass des Prinzregenten ver-
öffentlicht werden. Damit ist Prinz Ludwig wohl faktisch
als Prinzregent von Bayern anzusehen.

Zur formellen Abhandlung hat sich Prinzregent Luitpold
nicht entschließen können, was alle, die den greisen Fürsten
nicht entziehen können, leicht voraussetzen konnten. Denn er ist sehr
stolz auf seine Prätogative und hat bis vor kurzem dem
Prinzen Ludwig überhaupt nicht alzu viel in die Regie-
rungsgeheißte sich einmischen lassen. Politische Unter-
haltungen zwischen Vater und Sohn waren sehr selten. Das
erste Mal, das man von einer solchen Unterhaltung hörte,
war nach jener aufsehenerregenden Rede des Prinzen
Ludwig in Moskau, in der er den denkwürdigen süd-
deutschen Fürstenprotest sprach: „Wir sind Verbündete und
keine Vasallen.“ Damals betief ihn der Vater zu sich und
das Ergebnis einer langen Unterredung war die „Buh-

fahrt“ des Prinzen Ludwig. Als der Prinzregent
im vorigen Herbst schwer erkrankte, wurde wieder der Thron-
folger berufen, und obwohl der Prinzregent damals selbst
schon den Plan einer zeitweiligen Stellvertretung hatte,
brachte ihn seine Umgebung wieder davon ab, weil sie da-
durch wollten, dem Prinzregenten die Schwere seiner Er-
krankung vorzuenthalten. Es hat damals aber eine lange
politische Aussprache zwischen den beiden Fürstengenerationen,
und selbst im der politische Konner zwischen Vater und Sohn
wohl etwas enger als früher.

Das neue Ministerium.

München, 9. Febr. Der Prinzregent hat das Demissions-
gesuch des Staatsministers des Königlichen Hauses und des
Äußerer Dr. Grafen v. Podewils angenommen und den Grafen
Podewils unter Vereinhaltung des Titels und Ranges eines Königl.
lichen Staatsministers in den erbetenen Ruhestand verlegt. Gleich-
zeitig hat der Regent den Königlichen Kämmerer Reichsgraf
Dr. v. Schöner u. Hertling zum Staatsminister
des Königlichen Hauses und des Äußerer ernannt und ihn be-
auftragt, Vorschläge über die Neubildung des gesamten Mini-
steriums zu unterbreiten.

Der Bombensfund vor der Kaiserreise.

Im November vorigen Jahres wurde kurz vor dem
Besuche des Kaisers in Oberhessen der Bergmann Sidor
Kozot in Groß-Dornomska unter Aufsicht erregenden
Umständen verhaftet. Man sprach von einem geplanten
Bombententativ auf den Hofzug des Kaisers. Heute er-
fährt, wie uns aus 3 abge- telegraphiert wird, die ge-
heimnisvolle Affäre folgende Aufklärung:

Kozot war auf die Anschuldigung eines Arbeitslosen,
des Bergmanns Kozopetz, verhaftet worden. Dieser hatte an-
gegeben, das Kozot Bomben in seinem Hause habe. Die poli-
zeilichen Nachforschungen bestätigten diese Angaben. Man fand
auf dem Boden einige Dynamitbomben sowie eine Korrespon-
denz mit ausländischen Anarchisten vor. Diese Bomben liegen
sicherbar keinen Zweifel darüber, das das Kozot mit einem
verbrecherischen Anschlag getragen habe. Personen allerdings,
die Kozot kannten, zweifelten stets an seiner Schuld. Jetzt hat
die Unteruchung so schwerwiegende Verdachtsmomente gegen
den Denunzianten selbst ergeben, das dieser verhaftet und
Kozot auf freien Fuß gestellt wurde.

Es hat sich nämlich herausgestellt, das Kozopetz den Kozot
verhaftet hat, um eine Belohnung zu erhalten, die die Eifen-
hochdirektion auf die Ermittlung der Anarchisten ausgesetzt hat,
welche im Herbst 1909 und 1910 Dynamitanschläge auf Schnell-
züge der Eisebahn nach Polen verübt hatten. Es steht fest, das
der Denunziant die gefundene Korrespondenz gefälscht und sie
und die Bomben in das Haus des Kozot geschmuggelt hat. Es
wurde gegen ihn Anklage wegen Dynamitverbrechens, wissentlich
falscher Anschuldigung, Freiheitsberaubung und Urkunden-
fälschung erhoben.

Vom Malten der Staatsanwaltschaft.

Bekanntlich werden Beleidigungen und Körperver-
letzungen von der Staatsanwaltschaft nur dann verfolgt, wenn
ein öffentliches Interesse vorhanden ist. Ob dies der Fall ist,
entscheidet die Staatsanwaltschaft selbst, und gegen ihren Be-
schluß ist ein Antrag auf richterliche Entscheidung unzulässig.
Wie verhielten nun der Begriff des „öffentlichen Interesses“
von den Staatsanwaltern ausgelegt wird, zeigen zwei in
legster Zeit vorgekommene Fälle. Ein Lehrer war von zwei
ihm unbekanntem Männern heimlich und mißhandelt wor-
den. Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt in Oldenburg
lehnten die Strafverfolgung ab und wiesen den Lehrer auf
den Weg der Privatklage, der aber nicht beschritten werden
konnte, da es an Zeugen fehlte. Hätte die Staatsanwaltschaft
Anklage erhoben, dann wäre der Verletzte selbst Zeuge ge-
wesen. So bleiben die beiden Unbekannten straflos. Der zweite
Fall hat sich im Düsseldorf Bezirk zgetragen. Eine Anzahl
Knaben verurachte durch Schreien, Pfeifen und Toben einen
solchen Straßenlärm, das die Ruhe der Anwohner empfindlich
geleitet wurde. Als ein Lehrer den schimpflichen Schreier zur
Recht stellte, schrie ihn dieser an: „Du, laß mich los!“ Empört
über diese Frechheit, verurichte ihm der Lehrer einen Schlag
mit seinem eigenen Speisemesser, wodurch ein Strieme auf
einem Oberarm des Knaben entstand. Die Sache kam zur
Kenntnis der Staatsanwaltschaft, und diese erhob im
öffentlichen Interesse Anklage gegen — den Lehrer. In
der Berufungsinanz erzielte der Lehrer Freisprechung, da
er nur eine Beleidigung auf der Stelle durch eine leichte
Körperverletzung erwidert hätte. — Der Laienverstand würde
wahrscheinlich in beiden Fällen umgekehrt geurteilt haben.
Der vom Staatsanwalt angelegte Lehrer hatte im öffent-
lichen Interesse gehandelt und sich dabei für eine Unrech-
tlichkeit selbst Genugtuung verschafft. Was für ein Grund
lag hier wohl vor, den vom Landgericht selbst als „rüpelhaft“
bezeichneten Knaben zu schühen?

Ueber die Beziehungen des deutschen Kapitals zu unseren Kolonien

entzündet der jüngste Jahresbericht des Reichskolonialamts nach-
stehende Ausführungen:
„Das deutsche Kapital interessiert sich unrettung in den letzten
Jahren mehr für unsere Kolonien als früher. Allerdings ist im
Verdichtsjahre und im laufenden Jahr ein gewisser Rückgang in
dieser Investitionsbewegung eingetreten, hauptsächlich bedingt
durch die Aufhebung der letzten Jahre zu viele schlecht fundierte Koloni-
alunternehmungen finanziert worden sind. Nichtsdesto trotz von den
sehr zahlreichen Diamantgesellschaften, sondern auch von den
vielen Finanzungsunternehmungen der letzten Jahre ist eine große
Anzahl wieder in Liquidation getreten, zum Teil unter beträch-
tlicher Schädigung der dafür gewonnenen Interessenten.“

Am 10. Februar 1891. In der am 10. genauen Einleitung zur...
An folge Rücksicht auf die am 10. genauen Einleitung zur...
An folge Rücksicht auf die am 10. genauen Einleitung zur...
An folge Rücksicht auf die am 10. genauen Einleitung zur...

Weimar, 9. Febr. Unter den Vorlesungen, mit denen sich...
Weimar, 9. Febr. Unter den Vorlesungen, mit denen sich...
Weimar, 9. Febr. Unter den Vorlesungen, mit denen sich...
Weimar, 9. Febr. Unter den Vorlesungen, mit denen sich...

Mb. Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

10. Sitzung, Freitag, den 8. Februar.

Am Ministerstisch: v. Biberlen-Wächter, Kommissar.
Präsident Dr. v. Giffa eröffnet die Sitzung um 11 Uhr
15 Minuten.

Zweite Etsberatung.

Vor Eintritt in die Beratung teilt Präsident Dr. Giffa...
Vor Eintritt in die Beratung teilt Präsident Dr. Giffa...
Vor Eintritt in die Beratung teilt Präsident Dr. Giffa...
Vor Eintritt in die Beratung teilt Präsident Dr. Giffa...

Hg. v. Conrad (Freisinn.)

Das neue 25 Wg.-Stück, das 5 Wg.-Stück und die neuen...
Das neue 25 Wg.-Stück, das 5 Wg.-Stück und die neuen...
Das neue 25 Wg.-Stück, das 5 Wg.-Stück und die neuen...
Das neue 25 Wg.-Stück, das 5 Wg.-Stück und die neuen...

Ein Regierungskommissar erwidert, daß die preussische Münz...
Ein Regierungskommissar erwidert, daß die preussische Münz...
Ein Regierungskommissar erwidert, daß die preussische Münz...
Ein Regierungskommissar erwidert, daß die preussische Münz...

Hg. Dr. Weser (Zentr.)

Schließt sich dem Hg. v. Conrad im wesentlichen an. In künftiger...
Schließt sich dem Hg. v. Conrad im wesentlichen an. In künftiger...
Schließt sich dem Hg. v. Conrad im wesentlichen an. In künftiger...
Schließt sich dem Hg. v. Conrad im wesentlichen an. In künftiger...

Hg. Dr. Arendt (Freisinn.)

(mit „Aha!“ empfangen): Das 25 Wg.-Stück ist eine unangenehme...
(mit „Aha!“ empfangen): Das 25 Wg.-Stück ist eine unangenehme...
(mit „Aha!“ empfangen): Das 25 Wg.-Stück ist eine unangenehme...
(mit „Aha!“ empfangen): Das 25 Wg.-Stück ist eine unangenehme...

Hg. v. Seiffel (Zentr.)

Darin sind wir einig, daß das 25 Wg.-Stück außerordentlich...
Darin sind wir einig, daß das 25 Wg.-Stück außerordentlich...
Darin sind wir einig, daß das 25 Wg.-Stück außerordentlich...
Darin sind wir einig, daß das 25 Wg.-Stück außerordentlich...

Hg. Dr. Friedberg (Natl.)

wünscht ebenfalls eine bessere künstlerische Ausgestaltung unserer...
wünscht ebenfalls eine bessere künstlerische Ausgestaltung unserer...
wünscht ebenfalls eine bessere künstlerische Ausgestaltung unserer...
wünscht ebenfalls eine bessere künstlerische Ausgestaltung unserer...

Der Etat der Münzverwaltung wird genehmigt, ebenso eine Reihe kleinerer Etats.

Beim Etat des Gesetzsammlungsamtes regt Hg. v. Strombeck (Zentr.) an, daß von gewissen Gesetzen die...
Beim Etat des Gesetzsammlungsamtes regt Hg. v. Strombeck (Zentr.) an, daß von gewissen Gesetzen die...
Beim Etat des Gesetzsammlungsamtes regt Hg. v. Strombeck (Zentr.) an, daß von gewissen Gesetzen die...
Beim Etat des Gesetzsammlungsamtes regt Hg. v. Strombeck (Zentr.) an, daß von gewissen Gesetzen die...

Hg. Weisig (Natl.) beklagt diese Anzögerung, die er nach...
Hg. Weisig (Natl.) beklagt diese Anzögerung, die er nach...
Hg. Weisig (Natl.) beklagt diese Anzögerung, die er nach...
Hg. Weisig (Natl.) beklagt diese Anzögerung, die er nach...

Der Etat wird bewilligt.
Die Etats des Deutschen Reichs- und Preussischen...
Die Etats des Deutschen Reichs- und Preussischen...
Die Etats des Deutschen Reichs- und Preussischen...

Hg. Dr. Arendt (Freisinn.)
Wenn jeder Abgeordnete solche Sachinteressen besprechen...
Wenn jeder Abgeordnete solche Sachinteressen besprechen...
Wenn jeder Abgeordnete solche Sachinteressen besprechen...

Beim Etat des Ministeriums der auswärtigen...
Beim Etat des Ministeriums der auswärtigen...
Beim Etat des Ministeriums der auswärtigen...
Beim Etat des Ministeriums der auswärtigen...

Hg. Dr. v. Canpe (Natl.)
Begründet den Antrag, es scheint unmöglich Naturgesetz zu werden...
Begründet den Antrag, es scheint unmöglich Naturgesetz zu werden...
Begründet den Antrag, es scheint unmöglich Naturgesetz zu werden...
Begründet den Antrag, es scheint unmöglich Naturgesetz zu werden...

des Landtages erklären die der ersten Lesung ihre Zustimmung...
des Landtages erklären die der ersten Lesung ihre Zustimmung...
des Landtages erklären die der ersten Lesung ihre Zustimmung...
des Landtages erklären die der ersten Lesung ihre Zustimmung...

Ausland.

Tripolis.

Konstantinopel, 9. Febr. Das Kriegsministerium über...
Konstantinopel, 9. Febr. Das Kriegsministerium über...
Konstantinopel, 9. Febr. Das Kriegsministerium über...
Konstantinopel, 9. Febr. Das Kriegsministerium über...

Bengasi, wonach die Italiener bei den nächsten An...
Bengasi, wonach die Italiener bei den nächsten An...
Bengasi, wonach die Italiener bei den nächsten An...
Bengasi, wonach die Italiener bei den nächsten An...

Neuer Jung von Arabern.

Mailand, 9. Febr. Eine Meldung der „Stampa“ aus...
Mailand, 9. Febr. Eine Meldung der „Stampa“ aus...
Mailand, 9. Febr. Eine Meldung der „Stampa“ aus...
Mailand, 9. Febr. Eine Meldung der „Stampa“ aus...

feinen Schritt weiter. (Sehr richtig) Zustimmung rechts u. d. h. d. Natl.) Ich warte auf den Augenblick, daß Sie mit aus Ihren...
feinen Schritt weiter. (Sehr richtig) Zustimmung rechts u. d. h. d. Natl.) Ich warte auf den Augenblick, daß Sie mit aus Ihren...
feinen Schritt weiter. (Sehr richtig) Zustimmung rechts u. d. h. d. Natl.) Ich warte auf den Augenblick, daß Sie mit aus Ihren...
feinen Schritt weiter. (Sehr richtig) Zustimmung rechts u. d. h. d. Natl.) Ich warte auf den Augenblick, daß Sie mit aus Ihren...

Hg. v. Conrad (Freisinn.)
Ich bin nicht einverstanden mit dem Standpunkt, den Sie...
Ich bin nicht einverstanden mit dem Standpunkt, den Sie...
Ich bin nicht einverstanden mit dem Standpunkt, den Sie...
Ich bin nicht einverstanden mit dem Standpunkt, den Sie...

Der Präsident stellt, nachdem mehrere Abgeordnete, bzw...
Der Präsident stellt, nachdem mehrere Abgeordnete, bzw...
Der Präsident stellt, nachdem mehrere Abgeordnete, bzw...
Der Präsident stellt, nachdem mehrere Abgeordnete, bzw...

Minister des Auswärtigen v. Biberlen-Wächter

Ueber den ersten Teil des Antrages, öffentliche Mitteilungen...
Ueber den ersten Teil des Antrages, öffentliche Mitteilungen...
Ueber den ersten Teil des Antrages, öffentliche Mitteilungen...
Ueber den ersten Teil des Antrages, öffentliche Mitteilungen...

In dieser schließlichen Überlegung heißt es: Es be...
In dieser schließlichen Überlegung heißt es: Es be...
In dieser schließlichen Überlegung heißt es: Es be...
In dieser schließlichen Überlegung heißt es: Es be...

Hg. Graf Wolffe (Freisinn.)
(unächst unverständlich):
(unächst unverständlich):
(unächst unverständlich):
(unächst unverständlich):

Was Motu proprio heißt auf dem Grund, daß es nicht...
Was Motu proprio heißt auf dem Grund, daß es nicht...
Was Motu proprio heißt auf dem Grund, daß es nicht...
Was Motu proprio heißt auf dem Grund, daß es nicht...

Hg. Graf Wolffe (Freisinn.)
Was Motu proprio heißt auf dem Grund, daß es nicht...
Was Motu proprio heißt auf dem Grund, daß es nicht...
Was Motu proprio heißt auf dem Grund, daß es nicht...
Was Motu proprio heißt auf dem Grund, daß es nicht...

Die Ränge des Bundesrats sind leer. Das Haus ist stark besetzt. Die Tribünen sind überfüllt.

Die Wahl des Präsidents.

Auf der Tagesordnung steht die gestern verlegte Wahl des Präsidents, der Vizepräsidenten und der Schriftführer.

Abg. Dr. Traeger eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten und teilt mit, daß der Bundesratvertrag mit der 2. Kette eingegangen ist.

Darauf wird sofort in die Tagesordnung eingetreten. Ein Schriftführer berichtet den 8. der Verfassung über die Wahl des Präsidents. Er hat im ersten Wahlgange keine absolute Mehrheit ergeben, so kommen diejenigen 5 Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben, in die engere Wahl.

Erstlich hat wieder keine absolute Mehrheit, so gelangen diejenigen zwei Kandidaten, die nun die meisten Stimmen erhalten haben, in eine erneuerte engere Wahl. Bei Stimmengleichheit entscheidet schließlich das Los.

Abg. Dr. Traeger stellt fest, daß die Wahl durch Partei Stimmführung erfolgt ist. Er bittet die Abgeordneten, sich mit der Wagnis der Partei zu besinnen, damit die Wahlen zu Ende kommen, ohne der Tag sich neigt. (Geheißt.)

Der zweite Wahlgang dauerte eine Stunde, 382 Stimm wurden abgegeben, davon waren 3 unglücklich.

Es erhielten Dr. Spahn 185 Stimmen (Zentrum, Rechte, Polen und Antisemiten), Webel (Sog.) 110 Stimmen, König von Schönaich-Carolath (Nat.) 88 Stimmen (National-Liberale und Fortschrittler), Dr. Baasche (Nat.) 1 Stimme und Hein (Sog.) 1 Stimme.

Da keiner der Kandidaten die absolute Majorität erhalten hat, muß eine engere Wahl stattfinden, und zwar nach der Verfassungsordnung zwischen allen fünf Kandidaten, die überpartei Stimmen erhalten haben.

Der neue Wahlgang beginnt um 3 1/2 Uhr.

In der ersten engeren Wahl wurden 388 Stimmen abgegeben. 3 Stimm waren unglücklich. Die absolute Mehrheit betrug bei 388 Stimmen 193. Diese Mehrheit wurde von keinem Kandidaten erreicht.

Es erhielten Dr. Spahn (Zentrum) 188, Webel (Sog.) 114, König von Schönaich-Carolath 85.

Abg. Dr. Traeger: Es scheint also, daß wir heute die absolute Mehrheit der Reichsversammlung über uns erlangen werden. (Geheißt.) Es muß eine neue engere Wahl stattfinden und zwar zwischen den Abgeordneten Dr. Spahn und Webel. Jede andere Stimme ist unglücklich.

Die zweite engere Wahl beginnt um 4 1/2 Uhr.

Es wurden 384 Stimmen abgegeben, davon waren 13 unglücklich.

Es erhielten Dr. Spahn 196 Stimmen und Webel 176 Stimmen. Für Webel haben also auch die Fortschrittler und ein Teil der National-Liberalen gestimmt.

Abg. Dr. Traeger stellt fest, daß die Mehrheit 193 Stimmen beträgt. Scheidemann also zum ersten Vizepräsidenten gewählt ist. (Beifall und Geheißt links.)

Auf die Frage des Präsidenten erklärt Abgeordneter Scheidemann (Sog.), daß er die Wahl annehmen will. (Beifall, Geheißt und lebhafter Bewegung.)

Es folgt die Wahl des zweiten Vizepräsidenten. Es wurden 385 Stimmen abgegeben. Unglücklich waren 06. Dr. Baasche wurde mit 274 Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. (Beifall.)

Außerdem erhielten auch die Abgeordneten Kaempf 12 Stimmen, Dietrich (Nat.) 2 Stimmen, a. Heberbrand (Nat.) 1 Stimme, und Stadtsagen (Sog.) 1 Stimme.

Dr. Baasche nahm die Wahl an.

In einem Wahlgange erfolgte dann die Wahl des 4. Schriftführer.

Das Resultat dieser Wahl wird in der nächsten Sitzung mitgeteilt werden.

Zu Questoren wurden berufen die Abgeordneten Baffermann (Nat.) und von Söbgnit (Zentrum).

Präsident Dr. Spahn stellt fest, daß der Reichstag damit konstituiert ist, er werde dem Kaiser durch Mitteilung machen.

Das Haus vertagt sich.

Donstag, 2 Uhr, Interpellation Baffermann (Nat.) über die Wählerfrage, erste Lesung des Etats.

Schluss 6 1/2 Uhr.

Zweifellos ist das privilegium fori auch noch in neuester Zeit angewandt worden. Die Kurie hat ihre Mandatsprüfung niemals öftig aufgegeben, sie läßt sie auch auf die Reichsversammlung anzuwenden. Die Erklärung des päpstlichen Stuhles aber dieses angeblich bevollmächtigt Vertreters ist also vollkommen bedeutungslos, da die Kurie nur in der Wahlprüfung mit der Frage des Mandatsrechtes spielt. In Wirklichkeit erkennt sie dieses Mandatsrecht gar nicht an. Es ist klar, daß durch das motu proprio ein außerordentlich früher Zugang auf jeden einzelnen Katholiken ausgedehnt wird, der sich als treu zu seinem Oberhaupt lebend betraut. Deshalb ist es nicht unter der Hand, sondern unter der Hand, und hier mit dieser Sache zu verfahren. Was die Kurie in Form und in großen und ganzen gleichgültig sein, denn sie ist die Vertretung einer Kirchengemeinschaft; unter Verzicht richtet sich also nicht gegen sie, sondern gegen die Staatsregierung, die nicht energisch genug die Interessen der Staatsbürger verteidigt hat, und die sich nicht dazu bequemt, ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun und dem Parlament genügende Aufklärung zu geben. (Stark b. Sog.)

Abg. Gehring (Sp.)

Wenn der Abg. Vorleser gesagt hat, es wäre ihm am liebsten gewesen, wenn das motu proprio den Abgeordneten nicht zur Sprache gekommen wäre, so kann ich ihm das von seinem Standpunkt aus natürlich nicht nachsagen. Aber der Dr. Vorleser ist nicht nur Katholik, er ist auch Abgeordneter des preussischen Reiches. Und das preussische Volk geht die Sache doch etwas an und auch die Zentrumspartei geht die Angelegenheit sehr viel an. (Wiederdruck im Zentrum.) Das Zentrum vertritt doch die Interessen der Katholiken, und Sie wollen doch nicht behaupten, daß das motu proprio die Katholiken nicht berührt - also kümmert die Angelegenheit doch auch das Zentrum. Es handelt sich um auch nicht um eine innerkirchliche Angelegenheit, sondern um staatsrechtliche Interessen. Wenn bestimmte Erlasse des Papstes für ein bestimmtes Land keine Geltung haben sollen, so müßte das doch klar und deutlich in dem Erlasse selbst ausgedrückt sein; dann ist es ein Reiches, der Regierung im Falle einer derartigen Entscheidung entgegenzutreten. Die Erlasse können nur im Falle der Unklarheit durch den Nachdruck nicht bestritten. Ich gehe daher seinen Grund dafür, weegen die Akten nicht vorgelegt werden sollen. Der preussische Gesandte am päpstlichen Stuhl hat seine Pflicht überhaupt richtig zu tun. Dieser Gesandte kann aber irgend einen Schaden für die Interessen des Staates und ohne Schaden für die Interessen der Katholiken. (Sehr richtig links.) Das motu proprio ist und bleibt eine bedauerliche Erscheinung, aber auch nur ein Schritt in der Richtung der Verwirklichung der katholischen Kirche. Ich bin sehr froh, daß die deutsche Kirche keine Geltung haben soll, so bleibt doch immer die ernste Befürchtung bestehen, daß es einen schweren Bewusstseinskampf gegen jeden Katholiken auslösen wird. Der von Rappenstein hat die Erneuerung ausgesprochen, daß diese Kirche nicht mehr ein solches Ziel haben soll, sondern sich um die Befreiung der Kirche zu bemühen. Wenn ich nun über die Entscheidung der Wahl der katholischen Kirche anrede, wenn ich die Macht des Zentrums betone, so muß ich auf die Worte Herrn von Rappenstein erinnern: Die Wahl ist nicht für die Kirche, allein es geht über die Kirche. (Beifall links.)

Abg. Dr. Friedberg (Nat.)

Das Zentrum kann uns das gar nicht verdenken, daß wir hier das Motu proprio nicht in die Sprache bringen. Ich möchte einmal das Vorgehen des Zentrums sehen, wenn es sich um die Erlasse, die die Empfindungen der Katholiken verletzen. (Sehr richtig.) Wir hätten es mit dem Abg. Dr. Vorleser gern gesehen, wenn wir uns hier über diese mittelalterlichen Dinge nicht zu unterhalten hätten. Da wir aber in einem modernen Staate leben, so ist es nicht möglich, daß wir uns hier über diese Dinge der katholischen Kirche, sondern um die Verwirklichung staatsrechtlicher Einrichtungen. Die Form, in der mit der Kurie verhandelt worden ist, hat uns nicht gefallen. Man hätte mit dem Protokoll beginnen müssen. Die Erklärung des Staatssekretärs hat uns nicht befriedigt. Wir können daher auch den konstitutionellen Vertrag nicht anerkennen. Der Herr hätte man von der Kurie eine Konfirmation des Inhalts der Verhandlung in ihrem amtlichen Worte erwarten müssen, in dem auch das Motu proprio veröffentlicht wurde, oder es hätte eine Veröffentlichung an der deutschen Botschaft von der Kurie ergeben müssen. Es ist nicht möglich, daß man die Aufgabe, die deutschen Katholiken darüber aufzuklären, nicht annehmen will. (Sehr richtig links.) Die Vertuegung der Akten durch den Staatssekretär ist schließlich ist unverständlich. Möge er doch wenigstens das vorlegen, was er der Öffentlichkeit unterbreiten kann. Dem Reichstag sind in der Weise schon wiederholt Akten vorgelegt worden. Wollen wir darauf verzichten, so könnte auch ein Bericht in der Zeitung veröffentlicht werden, daß die Regierung überhaupt dem Parlament keine Akten vorzulegen hat. Unsere Zweifel, ob die preussische Gesandtschaft beim Papste überhaupt einen Wert hat, sind durch die heutigen Verhandlungen nicht beseitigt. (Sehr richtig links.) Die Verpfehlung über den national-liberalen Antrag 129 der Antrag v. Spahn (Sog.) (Nat.) auf die Verlegung der Tagesordnung wird mit dem Stimmen der Konstitutionen und des Zentrums angenommen.

Abg. Wendlandt (Nat.)

Stützt durch einen Antragsteller mit Sachsen-Roburg, wobei die Rechte der Reichsversammlung zu berücksichtigen, die früher gewisse Vorrechte bei Hofenleistungen hatte.

Abg. Goebel (Zentr.)

ragt über Grenzverletzungen seitens russischer Grenzposten und führt zahlreiche Einzelfälle dafür an. Wiederholt sind Regionen, die sich auf preussischem Boden befinden, von russischen Soldaten angegriffen worden. Es machen selbst noch Kindern nicht Halt, einmündige wurde auf einen 19-jährigen Knaben geschossen. (Hört.) Derselbe Vorfall ereignete sich immer wieder. Die Staatsregierung muß daher für größeren Schutz gegen derartige Gewaltthaten sorgen.

Abg. Hadenberg (Nat.)

fragt nach dem Stande eines Vorprojektes in Moresnet.

Ein Ministerkommissar erwidert dem Abg. Goebel, daß in solchen Fällen von Grenzverletzungen jedesmal gerichtliche Schritte getan werden.

Der Titel des Auswärtigen Amtes wird bemittelt. Samstag, 11 Uhr, Interpellation wegen der Kauf- und Steuerfische. Handreichlichkeit.

Schluss: 4 1/2 Uhr.

Wir alle haben der Einbringung des Antrages dankbar zu sein und danken auch für die Bemerkungen, die Sie für die Sache gemacht haben. Ich möchte Sie bitten, sich für die Sache zu interessieren, die nach seiner Seite verlegen sind. Wir wollen den konstitutionellen Frieden aufrecht erhalten und sind deshalb mit Herrn von Campe der Ansicht, daß wir in dieser Beziehung alle eine ernste Pflicht haben, auszuüben, insbesondere in der Sache, die immer sagen, sie wollen den konstitutionellen Frieden fördern. Es ist die Aufgabe des deutschen Volkstages und jedes Gliedes, darüber zu wachen, daß die konstitutionellen Frieden vermieden werden, und das gleiche wird die Aufgabe der deutschen Reichsversammlung sein. Die konstitutionelle Freiheit, die das deutsche Volk hat, ist die Freiheit, die geeignet sind, Anreize zu erzeugen, künftig zu werden. Auch die Staatsregierung erkennt es als ihre Pflicht an, dafür zu sorgen, daß solche Verhinderung nicht wieder eintreten wird. Nun würden mehrere Mitteilungen von Seiten der Staatsregierung kaum noch möglich sein, wenn sie, und deshalb beantrage ich, mit Rücksicht auf die Erfahrungen des Herrn Staatssekretärs, über den national-liberalen Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Das soll keine Abschwächung des Antrages von Campe sein. Wir halten den Antrag für berechtigt, und Sie alle können meinen Antrag unterstützen, wenn Sie in der Sache eine Verhinderung des national-liberalen Antrages erwidern. Ich schreibe mit dem Worte, daß wir es nach wie vor für unsere erste und wichtigste Pflicht halten, bei jeder Gelegenheit das zu bekämpfen, was geeignet sein könnte, Verhinderung in unserer Verhandlungen zu unseren konstitutionellen Bürgern zu tragen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Vorleser (Zentr.)

Dem Antrage des Abgeordneten v. Rappenstein werden hier Zustimmung, aber das soll nicht etwa eine Zustimmung zu Verfassung des Antrages Campe bedeuten. (Geheißt.) Im übrigen will ich feststellen, daß wir uns nicht bei der Verpfehlung des Etats befinden, sondern wir sind mitten in der schönsten Kulturkampfabteilung. (Sehr richtig im Zentr.) 2. Abg. Wiederdruck rechts: Wir sind in der Sache nicht mehr interessiert, als wenn ich von dieser Richtung her noch mehr hören würde, wie viel (kurz links), ja, wohl, aber meine Gedanken, und wäre es nicht hier, wenn Sie über diese Sache überhaupt nicht gesprochen hätten. (Wohle Geheißt links.) Wir müssen uns aber dagegen bewahren, daß Sie uns Vorlesungen darüber halten wollen, wie wir uns unter dem Oberhaupt gegenüber zu verhalten haben. (Sehr richtig links.) Wir müssen wissen, daß das Recht ausgeht, die Maßnahmen der Kurie für die Zukunft zu setzen, das ist aber nicht geschehen. (Recht, Wiederdruck rechts und links.) Worte, wie: Die Kurie findet immer noch ein Interesse, sind nicht sachlich, sondern müssen uns Katholiken tief verletzen. (Recht, Zustimmung im Zentr.) Ich möchte aber einmal hören, was Sie gegen die Kurie sagen, wenn ich meine Ansicht über die Maßnahmen der evangelischen Kirche, a. B. über den Reichstag vortragen würde. (Sehr richtig im Zentr.) Ich glaube, Sie ließen sich dann nicht vom Trösten, daß ich Ihnen erkläre, ich würde versuchen, mich in den für mich fremden Oberanhang des Protestantismus einzufinden. (Geheißt und Zustimmung im Zentr.) Wenn man irgend einen anderen Kirchengemeinschaft eine Unerbunden getroffen wird, so geht man Hilfsmittel darüber hinweg; auch aber einmal die katholische Kirche eine innerkirchliche Angelegenheit zu regeln, so wird von allen Seiten darüber gesprochen, und man möchte der römischen Kurie dann noch alle möglichen Widertun unterstellen.

Rechter geht dann auf die historische Entwicklung des motu proprio ein und führt weiter aus, daß die Erklärung des national-liberalen Antrages, das motu proprio würde für Preußen keine Anwendung haben, durch die Kurie nicht genügend ist, daß eine Verpfehlung der Angelegenheit im preussischen Abgeordnetenhaus überaus überflüssig ist. Aus den Bestimmungen des preussischen Landrechts geht aus zweifellos hervor, daß das privilegium fori für Preußen aufgehoben ist, und es ist mir nicht bekannt, daß die Kurie jemals irgend welchen Einpruch erhoben hätte. Auch durch historische Verhandlungen ist niemals das Verlangen erhoben worden, die Richter einer konfessionellen Gerichtsbarkeit zu schaffen. Verwegen würde es von vornherein klar sein, daß das motu proprio nur eine Interpretation einer und bestimmten Stelle ist, und deshalb für Preußen überhaupt keine Geltung habe. Es kommt dann noch hinzu, daß dem belgischen Gesandten erklärt worden ist, auch für Belgien gelte das motu proprio nicht, es findet überhaupt nur auf die Länder Anwendung, in denen nach ein geschlichter Gerichtsstand besteht. Deshalb ist auch das Verlangen, das der Abg. v. Campe stellte, unbillig, die Kurie solle das motu proprio zurücknehmen, denn es muß als gemeinsames Recht der Kurie immerhin bestehen bleiben. Im übrigen besteht auch für die Juden ein besonderes Mandatsrecht. Nach der „Staatsbürger Zeitung“ (Nat. links.) besteht für die Juden die Anwendung, daß jüdische Verbrecher der Strafe nicht ausgesetzt werden dürfen schon seit über 1 1/2 Jahrhunderten. (Sehen links.) Durch das Abg. Cassel (Sp.); (Recht!) Es mag in eine Partei sein, die sich für die Verfassung der Kurie einsetzt. - Auch für die Kurie besteht ein besonderes Gerichtsrecht. (Hört, hört und Geheißt.) Die Grenzen übersehen regelmäßig, daß der Papst nicht bloß für Deutschland gilt, sondern für die ganze Welt. (Sehr richtig im Zentr.)

Wir viele war es ja angenehm, daß das motu proprio gerade während des Reichstagswahlkampfes erlassen, und so konnten die protestantischen Wählerinnen, die nicht allein gegen das Zentrum, sondern auch gegen die Rechten, die mit dem Zentrum aufzufommengingen. Das motu proprio hat aber mit dem Zentrum gar nichts zu tun, sondern geht gegen jeden Katholiken an, der treu zu seiner Kirche steht, gleichviel ob er der konfessionellen Partei, dem Zentrum oder dem Preussien angehört. Aber der Herr v. Rappenstein, dessen Oberbürgermeister Stadtmann von dem motu proprio, dessen unbilligste Wirkung noch gar nicht ausbleiben ist. (Geheißt im Zentr.) Wir wollen den konfessionellen Frieden. Mögen ihm auch alle anderen gerecht werden. (Beifall im Zentr.)

Abg. Steinhilber (Sog.)

Wir stimmen für den Antrag Rappenstein. Nachdem erklärt worden ist, das motu proprio gelte für Deutschland nicht, so ist die Sache erledigt sein und nicht zum Gegenstand einer parlamentarischen Besprechung gemacht werden. (Geheißt b. Sog.) so erklärt es sich aus Reinlichkeit gegen die katholische Kirche.

Halle und Umgebung.

Seite a. S. 10. Februar

Zur Beachtung für Eltern von Schulinkeulern.
Für die bevorstehende Osteraufgabe wird den Eltern schulpflichtig werdender Kinder Eltern des Stadtschulrates dringend empfohlen, ihren Kindern nicht zu schwere Schulmappen anzuweisen, da diese die Müdigkeit der Kinder zu sehr steigern und aus dem gleichen Grunde die Mädchen keine Korsetts tragen zu lassen. Auch empfiehlt es sich für die Mädchen vielfach, das Haar kurz und offen, ohne Zöpfe, zu tragen.
Die Rektoren sind angewiesen, die Eltern bei der am Montag, den 12. d. Mis., nachmittags von 2-5 Uhr stattfindenden Schulversammlung auf die genannten Punkte und ihre Beachtung ausdrücklich hinzuweisen.

Hallischer Vertreter. Im volkswirtschaftlichen Kurzus finden noch zwei Vortragsabende statt. Die nächste Vorlesung ist am Sonnabend, den 10. Febr., 4 1/2 Uhr im E. Vereinshaule (Vorfaal).
In der nächsten Monatsversammlung von Freunden des Evangelischen Bundes am Dienstag, den 13. d. Mis., 8 1/2 Uhr abends im Schultheiß wird über „Bereitigung des Jubiläum“ gesprochen werden. Oberprediger Prof. Schmidt wird das einleitende Referat erstatten.

Provinzialnachrichten.

Wuttal.
Leipzig, 9. Febr. In einem Diebstahl hat heute früh der in der Steinstraße wohnende Zerstörer Bernhard seinen Kompanon, den Zerstörer Ernst Treusch, der sich an einem Kranen

lager befindet, mit einem von der Wand herabgehängenen Walfisch einen Stich in die Brust infizieren verurteilt. Dann verließ er das im Erdgeschoss gelegene Zimmer durch ein Fenster nach der Straße, wurde aber bald darauf von Postanten aufgehalten und nach seiner Wohnung zurückgebracht.

In Tode mihandelt.
Goslar, 5. Febr. Bei einem Zwiste, in dem mehrere Frauen miteinander gerieten, wurde eine bei der Einmischung Dritter durch Schläge und Fußtritte so mihandelt, daß sie infolge innerer Verletzungen gestorben ist.

Freiburg, 9. Febr. (Sein Eislaufen brach) ein etwa acht Jahre altes Schulinkeule ein und brach dabei ein Bein.
Leipzig, 8. Febr. (Herabziehung der kaiserlichen Steuerzuschläge.) Die heutige Festsetzung der neuen Haushaltspläne für 1912/13 durch die Steuerkommissionen ist mit dem ersten Ertragsjahr, das die Steuerzuschläge erstreckt

Main table containing financial data, including stock prices, exchange rates, and market indices. Columns include company names, stock types, and prices.